

Sélection d'article sur la politique suisse

| | |
|-------------------|--------------------------------|
| Requête | 24.04.2024 |
| Thème | Sans restriction |
| Mot-clés | Formation continue |
| Acteurs | Sans restriction |
| Type de processus | Débat public |
| Date | 01.01.1965 - 01.01.2023 |

Imprimer

Éditeur

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Contributions de

Benteli, Marianne
Bernath, Magdalena
Ehrensperger, Elisabeth
Frey, Jürg
Mosimann, Andrea
Zumofen, Guillaume

Citations préféré

Benteli, Marianne; Bernath, Magdalena; Ehrensperger, Elisabeth; Frey, Jürg; Mosimann, Andrea; Zumofen, Guillaume 2024. *Sélection d'article sur la politique suisse: Formation continue, Débat public, 1981 - 2022*. Bern: Année Politique Suisse, Institut de science politique, Université de Berne. www.anneepolitique.swiss, téléchargé le 24.04.2024.

Sommaire

| | |
|--|---|
| Chronique générale | 1 |
| Infrastructure et environnement | 1 |
| Energie | 1 |
| Energies alternatives | 1 |
| Politique sociale | 1 |
| Population et travail | 1 |
| Marché du travail | 1 |
| Enseignement, culture et médias | 1 |
| Enseignement et recherche | 1 |
| Formation professionnelle | 2 |

Abréviations

| | |
|------------------|--|
| BFE | Bundesamt für Energie |
| EDK | Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren |
| SBFI | Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation |
| SGB | Schweizerischer Gewerkschaftsbund |
| Swissolar | Schweizerischer Fachverband für Sonnenenergie |

| | |
|------------------|--|
| OFEN | Office fédéral de l'énergie |
| CDIP | Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique |
| SEFRI | Secrétariat d'Etat à la formation, à la recherche et à l'innovation |
| USS | Union syndicale suisse |
| Swissolar | Association des professionnels de l'énergie solaire |

Chronique générale

Infrastructure et environnement

Energie

Energies alternatives

Alors que l'installation de panneaux solaires, mais aussi la remplacement des chauffages à énergies fossiles par des chauffages à énergies renouvelables s'imposent sur l'agenda de la politique énergétique helvétique, le gouvernement a récemment pris conscience de l'**absence de main-d'œuvre qualifiée** dans ces domaines. Par exemple, l'Office fédéral de l'énergie (OFEN) prédit que le secteur du photovoltaïque atteindra plus de 12'000 employé.e.s plein-temps à l'horizon 2030, alors qu'il n'occupe que 5'500 employé.e.s plein-temps en 2022. Dans cette optique, le Secrétariat d'Etat à la formation, à la recherche et à l'innovation (**SEFRI**) travaille désormais en collaboration avec les associations faïtières des branches concernées, comme Swisssolar, pour mettre en place des **apprentissages spécifiquement orientés sur les énergies renouvelables**.¹

DÉBAT PUBLIC
DATE: 23.02.2022
GUILLAUME ZUMOFEN

Politique sociale

Population et travail

Marché du travail

Stellvertretend für den Bundesrat setzte sich Biga-Direktor Klaus Hug klar für **drei Prioritäten in der Arbeitsmarktpolitik** ein: für eine vermehrte Förderung wiedereinstiegswilliger Frauen, für ein Umdenken in der Ausländerpolitik und für eine breit angelegte «Weiterbildungsoffensive», die dem Umstand Rechnung tragen soll, dass in der Wirtschaft eine Umstrukturierung im Gang ist, die in Richtung Verstärkung des Dienstleistungssektors und hochtechnisierter Arbeitsplätze geht – immerhin ist heute bereits jeder vierte Arbeitsplatz computergestützt. Brisant waren dabei in erster Linie die Äusserungen Hugs zur Ausländerpolitik, wo er zu einer kritischen Durchleuchtung derjenigen Branchen aufrief, deren Wertschöpfung pro Mitarbeiter unter dem schweizerischen Durchschnitt liegt. Es gehe nicht mehr an, meinte er, Strukturhaltung mit unqualifizierten ausländischen Arbeitskräften – in erster Linie Saisoniers – zu betreiben, während der Werk- und Denkplatz Schweiz, in dem eine Ausdehnung des Ausländerkontingents aus politischen Gründen nicht zur Diskussion stehen könne, auf hochqualifizierte ausländische Arbeitskräfte verzichten müsse.²

DÉBAT PUBLIC
DATE: 31.12.1989
MARIANNE BENTELI

Enseignement, culture et médias

Enseignement et recherche

Enseignement et recherche

Die **kantonale Volkswirtschaftsdirektoren** stellten zu Beginn des Berichtsjahres **sieben Thesen** auf, die alle in Richtung einer vermehrten Kooperation zwischen der Wirtschaft und den Ausbildungsstätten der Schweiz zielen. Die Thesen enthalten unter anderem die Forderung nach einem praktischen Austausch zwischen Schulen aller Stufen und Unternehmen aller Grössen zur Schärfung des Bewusstseins der Jugend für die eigene Abhängigkeit von ökonomischer Wohlfahrt. Im weiteren wird mit dem Thesenpapier ein besserer Einblick der Lehrkräfte in Unternehmenswelten, die Infragestellung der langen Ausbildungsdauer sowie mehr Durchlässigkeit der Bildungswege insbesondere auf der Tertiärstufe verlangt.³

DÉBAT PUBLIC
DATE: 26.01.2001
ELISABETH EHRENSPERGER

Formation professionnelle

DÉBAT PUBLIC
DATE: 19.09.1981
JÜRIG FREY

Nach Ansicht des BIGA war der Lehrstellenmarkt im Jahre 1981 im Vergleich zu den vergangenen zwei bis drei Jahren wesentlich entspannt. Aber immer noch standen eine recht grosse Zahl Schulentlassener einem zeitweise ausgetrockneten Lehrstellenangebot gegenüber. Betroffen waren vor allem Mädchen, schwächere Schüler, Ausländerkinder und Schüler aus wirtschaftlichen Randgebieten. Als einen möglichen Lösungsvorschlag zur Überwindung dieser Schwierigkeiten wollte die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) eine von ihr lancierte **eidgenössische Initiative verstanden wissen, nach der ein Recht auf vollwertige Berufsbildung gewährleistet** und die Lücken im Lehrstellenangebot von den Kantonen ausgefüllt werden sollen. Entsprechende Vorstösse auf kantonaler Ebene sind bisher auf weitgehende Ablehnung gestossen. Der SGB, in dessen Programm die Einrichtung öffentlicher Lehrwerkstätten zur Ergänzung der privaten Ausbildungsplätze schon lange figuriert, wandte sich gegen die Initiative. Offensichtlich nicht gewillt, sich von der SAP ins Schlepptau nehmen zu lassen, warf er dieser übergrosse Staatsgläubigkeit vor und forderte im Gegenzug die Unterstellung der Lehrlinge unter die Gesamtarbeitsverträge. Die Sozialdemokratische Partei, deren Unterorganisationen sich z.T. für die Lehrwerkstättenidee engagierten, versuchte ihrerseits, durch bundesrechtliche Regelungen die Situation der Lehrlinge und der jugendlichen Arbeitnehmer zu verbessern. Im Ständerat wurden Teile einer Motion Miville (sp, BS), die die Anrechnung des gesamten Berufsschulunterrichts an die Arbeitszeit forderte, als Postulat überwiesen. In der Volkammer drang eine Motion Bircher (sp, AG), die den Anspruch der minderjährigen Lehrlinge und jugendlichen Arbeitnehmer auf fünf Wochen Ferien in den obligationenrechtlichen Bestimmungen verankern wollte, als Postulat durch. In einer Interpellation übte Bircher ferner Kritik an der Sparpolitik im Bereich der Berufsbildung und forderte die Anwendung der Härteklausele für finanzschwache Kantone.⁴

DÉBAT PUBLIC
DATE: 03.12.1981
JÜRIG FREY

Die Jugendunruhen gingen an den Mittelschulen nicht ganz spurlos vorbei. Ende 1980 wurde in Zürich eine Schülergewerkschaft gegründet, die in einer Charta eine «allgemeine Demokratisierung des Schulwesens» fordert. Unmittelbarer Anlass zur Gründung war die Ablehnung einer Weiterbeschäftigung dreier Lehrbeauftragter an der Kantonsschule Wiedikon gewesen. Am Ende des Jahres veröffentlichte die etwa 500 Schüler umfassende Organisation ein Schwarzbuch über Repressionsfälle an Zürcher Mittelschulen.⁵

DÉBAT PUBLIC
DATE: 28.08.2003
ELISABETH EHRENSPERGER

Volkswirtschaftsdirektor Joseph Deiss eröffnete Mitte des Berichtsjahres die **37. Berufsweltmeisterschaft in St. Gallen** und betonte die Bedeutung von Freude und Spass, die von der Ausübung eines Berufs ausgehen müsse – ganz gleich, um welchen Beruf es sich dabei handle. Die Weltmeisterschaft wurde zum Publikumserfolg: 179'000 statt der erwarteten 150'000 Zuschauer verfolgten den Wettstreit, dessen Niveau sowohl hinsichtlich der Organisation des Anlasses als auch der Professionalität der Kandidierenden gelobt wurde. Wirtschaftsminister Deiss oblag es im weiteren, in St. Gallen die grösste Schweizer Bildungsmesse, die Ostschweizer Bildungs-Ausstellung (OBA), zu eröffnen. Er plädierte in seiner Ansprache für eine permanente Weiterbildung als Wettbewerbsfaktor für den Schweizer Wirtschaftsstandort und warnte vor einem Abfall der Schweiz in ein diesbezügliches Mittelmass.⁶

DÉBAT PUBLIC
DATE: 06.11.2004
MAGDALENA BERNATH

Die Erziehungsdirektorenkonferenz einigte sich auf die Grundsätze für eine Revision der interkantonalen Vereinbarungen im Berufsbildungsbereich. Diese zielten darauf ab, auch Jugendlichen in der **Berufsbildung** (und nicht nur Studierenden) eine möglichst grosse **Mobilität** zu ermöglichen. Denn wer ausserhalb seines Wohnkantons an einer Höheren Fachschule studiert, muss mit hohen Studiengebühren rechnen, ausser, zwischen den beiden Kantonen existiert ein Finanzierungsabkommen. Die EDK schlug, gestützt auf das neue Berufsbildungsgesetz, vor, dass die Kantone neu an die Standortkantone Kopfbeiträge pro Studierende zahlen und die Qualitätsstandards der Höheren Fachschulen untereinander in Einklang bringen, so dass schliesslich ein gesamtschweizerisch vergleichbares Niveau in der Berufsbildung resultiert.⁷

DÉBAT PUBLIC
DATE: 26.10.2010
ANDREA MOSIMANN

Nach Jahren des Lehrstellenmangels dürfte sich die Situation aus demografischen Gründen und wegen der Attraktivität des Gymnasiums bald umkehren und die **Unternehmen werden um gute Lehrlinge kämpfen müssen**. Die grössten Schwierigkeiten gibt es bei Berufen, mit hohem Qualifikationsniveau, wie Polymechaniker oder Konstrukteur. Hier wirkt sich besonders aus, dass gute Schülerinnen und Schüler häufiger den Weg über das Gymnasium wählen. Viele Branchen reagierten und lancierten im Berichtsjahr aufwändige Werbe- und Imagekampagnen. Gleichwohl wird es auch weiterhin Jugendliche geben, die Mühe haben, eine Lehrstelle zu finden – vor allem solche mit sozialen und schulischen Defiziten.⁸

DÉBAT PUBLIC
DATE: 15.08.2014
GUILLAUME ZUMOFEN

Johann Schneider-Ammann (plr), ministre de l'économie, de la formation et de la recherche, a indiqué qu'il souhaitait **encourager financièrement la formation professionnelle supérieure**. En effet, tout comme Jean-François Rime (udc, FR), président de l'Union suisses des arts et des métiers, il a déploré des inégalités de traitement entre formation professionnelle supérieure et formation académique. Le but est l'encouragement et l'amélioration de la reconnaissance à l'échelle nationale et internationale de telles formations.⁹

1) TA, 23.2.22; Lib, 27.4.22

2) Hug (1989). Arbeitsmarktpolitik mit veränderten Vorzeichen.; Presse vom 7.1.89; NZZ, 24.5.89; BZ, 31.5.89.

3) NZZ, 26.01.01.

4) AB NR, 1981, S. 1314f.; AB NR, 1981, S. 1371f.; AB NR, 1981, S. 817; AB SR, 1981, S. 251f.; BBl, 1981, III, S. 149ff.; Bresche, 2.2.81; TLM, 3.2.81; BaZ, 4.2., 23.5. und 9.9.81; Presse vom 18.2.81; Vr, 6.3.81; NZZ, 8.4. und 19.9.81; Vr, 7.7.81.; Medienmitteilung SGB vom 19.2.81

5) TA, 11.2.81; BaZ, 13.3.81; LNN, 19.3.81; Vr., 11.6. und 3.12.81.

6) Presse vom 19.06.03; Presse vom 23.06.03; Presse vom 29.08.03; Presse vom 29.08.03; SGT, 28.8.03; NZZ, 2.9.03.

7) NZZ, 30.6. und 6.11.04.

8) BZ, 29.1.10; TA, 11.10.10; NZZ, 26.10.10.

9) TG, 15.8.14; NZZ, 28.8.14